

Wirtschaft

Gemeinsame EU-Schulden bleiben

Olaf Scholz: Ein echter Fortschritt

Die im Zuge der Corona-Krise vereinbarte gemeinsame Schuldenaufnahme in Europa ist nach Ansicht von Bundesfinanzminister Olaf Scholz keine krisenbedingte Eintagsfliege. „Der Wiederaufbaufonds ist ein echter Fortschritt für Deutschland und Europa, der sich nicht mehr zurückdrehen lässt“, sagte der SPD-Kanzlerkandidat den Funke-Zeitungen.

Die EU nehme erstmals gemeinsame Schulden auf, setze diese gezielt gegen die Krise ein und verpflichte sich zugleich, bald mit der Rückzahlung zu beginnen: „All das sind tiefgreifende Veränderungen, vielleicht die größten Veränderungen seit Einführung des Euro“, unterstrich Scholz.

Die Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedsländer hatten sich vor einem Monat auf ein Corona-Krisenprogramm im Umfang von 750 Milliarden Euro geeinigt. 390 Milliarden Euro sollen als direkte Zuschüsse und 360 Milliarden Euro als Kredite gewährt werden. Außerdem wird die EU-Kommission erstmals europäische Schulden an den Finanzmärkten aufnehmen, die bis 2058 zurückgezahlt werden sollen.

Deutschland hatte sich jahrelang gegen eine gemeinsame Schuldenaufnahme und Finanzspritzen an überschuldete Länder wie Italien und Spanien gestemmt. Angesichts der Corona-Pandemie hatten Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Finanzminister Scholz dann aber in enger Abstimmung mit Frankreich einen Kursschwenk vollzogen.

Scholz betonte, nun werde zwangsläufig auch über gemeinsame Einnahmen der EU zu sprechen sein, was die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union verbessern könnte. „Das kann schnell relevant werden. Wenn der Rettungsfonds zurückgezahlt werden muss, sollte das nicht zu Lasten des normalen EU-Haushalts gehen.“ Deshalb seien eigene EU-Einnahmen sinnvoll, etwa durch den Emissionshandel im Schiffs- und Luftverkehr, bei der Besteuerung von Finanztransaktionen oder digitalen Plattformen.

Um bei künftigen Krisen und Herausforderungen schneller handlungsfähig zu sein, forderte der Finanzminister eine Reform der Abstimmungsregeln in den EU-Räten. „Die EU braucht die Möglichkeit, gemeinsam zu handeln. Dafür braucht es aber qualifizierte Mehrheitsentscheidungen bei der Außen-, Fiskal- oder Steuerpolitik statt dem Zwang zur Einstimmigkeit in den EU-Räten.“

Ein zweiter Lockdown in der Corona-Krise wäre aus Sicht des Chefs der „Wirtschaftsweisen“, Lars Feld, katastrophal für die Wirtschaft. Feld sagte der Deutschen Presse-Agentur: „Wenn sich eine Beschleunigung zeigen sollte und die Infektionen weiter um sich greifen, dann droht ein zweiter Lockdown. Das wäre wirtschaftlich gesehen eine Katastrophe. Es besteht dann die Gefahr einer dauerhaften Abschwächung des Wachstums.“ Ein zweiter Lockdown würde zu Unternehmens-Pleiten führen. (dpa)



In der EU dürfte es auch künftig gemeinsame Schulden geben. IMAGO IMAGES

Lohn für das Lernen

Wie der Staat zum Einstieg in Aus- und Weiterbildung animieren möchte

MECHTHILD HENNEKE

Die Betriebe in Deutschland suchen händeringend nach Nachwuchskräften, doch viele Schüler scheuen den Einstieg in eine Lehre. Die Bundesregierung versucht, die Bedingungen für Auszubildende zu verbessern. Die wichtigsten Angebote.

Ausbildung: Die kürzlich eingeführte Mindestvergütung für Auszubildende soll Lehrberufe attraktiver machen. Ab diesem Jahr müssen Azubis bei Antritt der Ausbildung mindestens 515 Euro erhalten. Das unterstützt vor allem Jugendliche, die Handwerksberufe wie Bäcker oder Friseur wählen, wo die Lehrgelder bisher niedriger waren.

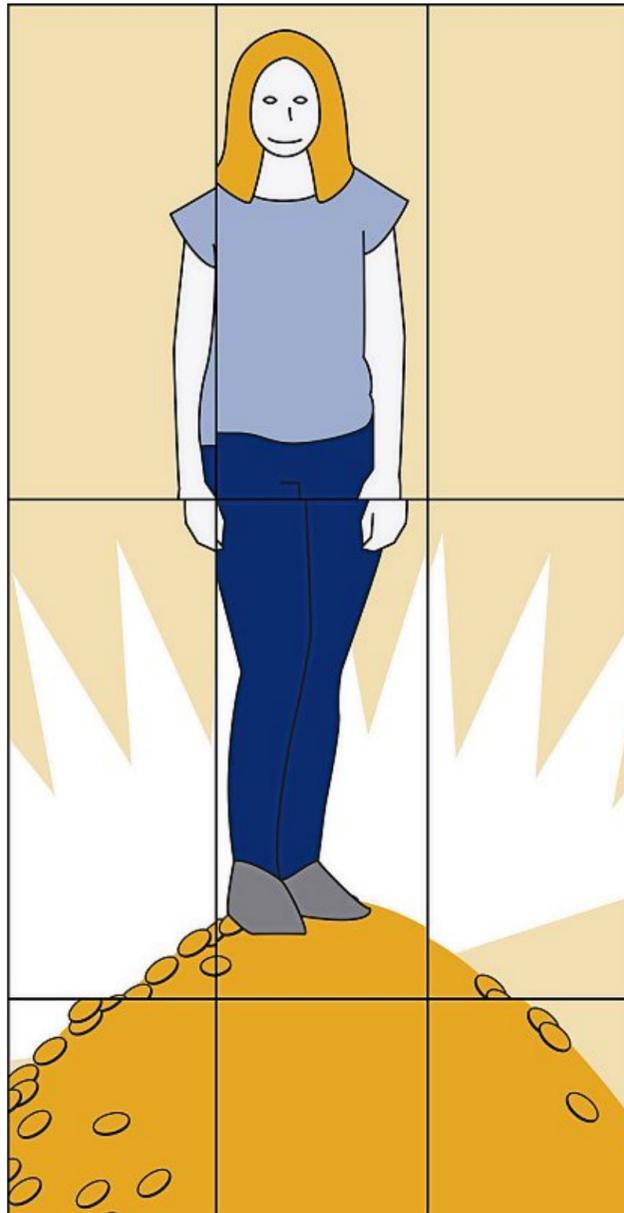
Tarifverträge haben Vorrang vor der Mindestvergütung. In einigen Branchen liegen die Ausbildungsgelder mit 800 bis 1000 Euro über der Mindestvergütung, zum Beispiel im Bauwesen oder in der Metall- und Elektroindustrie. Diese Vereinbarungen bleiben unberührt.

Es gibt allerdings eine Einschränkung: Die Mindestvergütung gilt nicht für Berufe wie Erzieher, die von den Ländern geregelt werden. Sie gilt auch nicht für die meisten Berufe in Gesundheit und Pflege, denn das Berufsbildungsgesetz findet dort keine Anwendung.

Teilzeitausbildung: Ab sofort können Auszubildende mit dem Betrieb absprechen, dass sie täglich oder wöchentlich Stunden reduzieren. Das war bisher nur für Personen mit besonders guten Leistungen möglich. Diese Regelung ist für alle attraktiv, die neben der Ausbildung noch Geld verdienen oder Kinder betreuen müssen. Auch Menschen mit Behinderung oder Lernbeeinträchtigungen können so leichter in eine Ausbildung einsteigen.

Freistellung für erwachsene Azubis: Wer sich erst als Erwachsener einschließt, eine Ausbildung zu machen, hatte es in der Vergangenheit schwer, für die Berufsschule vom Betrieb freigestellt zu werden. Ab sofort können auch Erwachsene die Schulbank drücken, wenn mehr als fünf Unterrichtsstunden am Tag angesetzt sind.

Bafög in der Ausbildung: Wer eine schulische Ausbildung absolviert und von den Eltern keine oder nur wenig finanzielle Unterstützung erhält, hat Anspruch auf Schüler-Bafög. Es gibt rund 130 schulische Ausbildungen: Gesundheits- und soziale Berufe, IT- oder gestalterische Berufe können erlernt werden, vom Altenpfleger bis zum Erzieher. Die Höhe der Förderung ist individuell und beträgt maximal 832 Euro. Der Höchstbetrag wird dann bezahlt, wenn ein Schüler nicht mehr bei den Eltern wohnt und den



SASCHA JAECK



ONLINE-FORMULARE

Informationen zu neuen Bestimmungen rund um die Ausbildung gibt es unter www.die-duale.de

und Bildung zum Thema. Hier sind alle Infos inklusive der Antragsformulare gebündelt.

che Absolventen von Weiterbildungen, die Aufstiegs-Bafög bezogen haben.

Die Seite www.bafög.de ist die offizielle Seite des Bundesministeriums für Forschung

Über Weiterbildungen informiert www.aufstiegs-bafög.de. Dort finden sich auch Berichte über erfolgrei-

Auf der Seite www.bmbf.de klärt das Ministerium unter dem Stichwort „Begabtenförderung“ über Stipendien auf.

Kranken- und Pflegeversicherungszuschlag erhält, der 109 Euro beträgt. Wer ein eigenes Kind betreut, kann zudem einen Kinderbetreuungszuschlag von bis zu 150 Euro monatlich beantragen. Der größte Vorteil: Das Schüler-Bafög muss nicht zurückgezahlt werden.

Altersgrenze fürs Schüler-Bafög: Die Altersgrenze für Schüler-Bafög liegt bei 30 Jahren. Ein Auszubildender darf bei Ausbildungsbeginn maximal 29 Jahre alt sein. Es gibt aber Ausnahmen von dieser Einschränkung, etwa für Personen mit Kind.

Förderung für Nicht-Deutsche: Ausländer erhalten Förderung, wenn ein Elternteil oder der Ehepartner Deutscher ist. Auch EU-Ausländer bekommen Bafög. Grundsätzlich besteht für Ausländer in schulischer Ausbildung ein Anspruch, wenn sie eine Bleibeperspektive haben und integriert sind.

Weiterbildung: Das Aufstiegs-Bafög fördert unabhängig vom Alter die Vorbereitung auf mehr als 700 Fortbildungsabschlüsse. Zum 1. August dieses Jahres traten neue Gesetzesregelungen in Kraft. Die größte Verbesserung gibt es bei den Unterhaltskosten. Fachkräfte, die sich in Vollzeit fortbilden, erhalten bis zu 892 Euro Unterstützung zum Lebensunterhalt als Vollzuschuss. Sie müssen dieses Geld nicht zurückzahlen.

Fortbildungskosten: Bei den Fortbildungskosten liegt der Zuschussanteil für die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren, inklusive Meisterstück, bei 50 Prozent. Für den verbleibenden Teil der Kosten kann ein zinsgünstiges Darlehen in Anspruch genommen werden. Gefördert werden Vollzeit- und Teilzeitmaßnahmen sowie Fernlehrgänge oder mediengestützte Maßnahmen. Bei einer erfolgreichen Abschlussprüfung werden 50 Prozent des Darlehens erlassen. Kommt es zu einer anschließenden Unternehmensgründung, muss das Darlehen nicht mehr zurückgezahlt werden.

Familienförderung: Die Unterhaltsförderung für Menschen in Weiterbildung wurde erhöht und zu einem Vollzuschuss ausgebaut. Verheiratete mit zwei Kindern bekommen beispielsweise bis zu 1597 Euro.

Stipendien: Wer gut lernt, wird vom Staat belohnt – mit Stipendien. Das Bildungsministerium unterstützt Menschen, die schon im Beruf stehen, mit zwei Förderprogrammen:

Das Weiterbildungsstipendium richtet sich an talentierte Fachkräfte unter 25 Jahren, die bereits ihre berufliche Ausbildung abgeschlossen haben. Mit seiner Hilfe können Weiterbildungsmaßnahmen finanziert werden. Die Förderung umfasst Zuschüsse in Höhe von maximal 8100 Euro, verteilt auf drei Förderjahre. Die Weiterbildung muss berufs begleitend durchgeführt werden

Das Aufstiegsstipendium soll einen Anreiz schaffen, ein Studium aufzunehmen. Es richtet sich an Menschen im Beruf, die herausragende Leistungen erbringen. Für Studierende im Vollzeitstudium beträgt das Stipendium monatlich 853 Euro sowie 80 Euro Büchergeld. Zusätzlich wird eine Betreuungspauschale für Kinder gewährt. Die Förderung erfolgt einkommensunabhängig und für die gesamte Dauer des Studiums. Studierende in einem berufsbegleitenden Studium erhalten jährlich 2700 Euro.

Verlängerung der Corona-Hilfen

Entscheidung im Koalitionsausschuss

Am Dienstag werden im Koalitionsausschuss von Union und SPD vermutlich weitere Corona-Hilfen für die deutsche Wirtschaft beschlossen. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) will eine Verlängerung der Überbrückungshilfen für den Mittelstand bis Ende des Jahres. Das erfuhr die Deutsche Presse-Agentur aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) wird nach einem Medienbericht vorschlagen, die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes und die Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge bis März 2022 zu verlängern.

Gerade der Mittelstand und seine Beschäftigten bräuchten weiterhin dringend Hilfe, um die schwierige Zeit zu überstehen, hieß es aus dem Wirtschaftsministerium. Die staatlichen Überbrückungshilfen laufen bisher bis Ende August. Die Antragsfrist war bis Ende September verlängert worden, also sind Zahlungen auch rückwirkend möglich. Für die Zuschüsse an die Firmen hat der Bund 25 Milliarden Euro eingeplant. Unterstützt werden sollen vor allem kleine und mittelständische Firmen aus Branchen wie der Reisewirtschaft, dem Hotel- und Gaststättengewerbe oder den Schaustellern, die weiter erhebliche Umsatzeinbußen haben. Bisher wurden bei den Überbrückungshilfen rund 38.000 Anträge gestellt und ein Fördervolumen von über 700 Millionen Euro beantragt, wie es im Wirtschaftsministerium hieß. Damit ist noch viel Geld aus dem Milliardenpotenzial nicht abgeflossen.

Die Antragszahlen stiegen täglich an und würden gerade von kleinen und mittleren Unternehmen stark nachgefragt, hieß es. Rund 94 Prozent der Anträge seien aktuell von Unternehmen mit bis zu 49 Beschäftigten gestellt worden. Rund 30 Prozent der Anträge kämen aus dem Hotel- und Gaststättengewerbe, zehn Prozent aus der Reisewirtschaft und weitere Anträge vor allem aus dem Kulturbereich sowie der Veranstaltungsbranche. Erstattet werden fixe Betriebskosten bis zu einem Betrag von insgesamt 150.000 Euro über drei Monate. Die Zuschüsse müssen nicht zurückgezahlt werden.

Beim Treffen der Koalitionsspitzen am 25. August wird voraussichtlich darüber beraten, die Höchstbezugsdauer des Kurzarbeitergeldes zu verlängern – von 12 auf 24 Monate. Im Gespräch ist, damit eine Qualifizierung der Beschäftigten zu verbinden. Wie die Bild am Sonntag unter Berufung auf das ihr vorliegende Papier aus dem Arbeitsministerium meldet, soll das Kurzarbeitergeld wegen der Corona-Krise bis März 2022 ausbezahlt werden. Auch die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes solle bis dahin fortgesetzt werden. Den Arbeitgebern sollten die Sozialversicherungsbeiträge für Kurzarbeiter bis März 2021 vollständig erstattet werden, ab April 2021 nur noch zu 50 Prozent – es sei denn, die Unternehmen bildeten Kurzarbeiter weiter. In diesem Fall solle der Staat die Beiträge bis März 2022 komplett übernehmen. (dpa)



Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier IMAGO IMAGES

Tod eines Spitzels

DNA bestätigt: Leiche in brennendem Auto war VW-Mitarbeiter

Nach dem Fund einer Leiche in einem brennenden Auto in Rottorf (Landkreis Helmstedt) steht fest, dass es sich um den mutmaßlichen konzerninternen Spitzler in der VW-Abhöraffaire handelt. Die DNA-Analyse habe ergeben, dass es der Halter des Fahrzeugs sei, sagte Staatsanwältin Julia Meyer am Samstag. Meyer sagte, die Staatsanwaltschaft gehe bei ihren Ermittlungen von Selbstmord aus. Die Ermittlungen dahingehend seien aber noch nicht abgeschlossen. Angaben zur Identität des Toten machte die Staatsanwaltschaft nicht.

VW zeigte sich bestürzt und tief betroffen von der Nachricht. „Über die Hintergründe der Geschehnisse

gibt es nach unserer Kenntnis bislang keine gesicherten Informationen“, erklärte das Unternehmen weiter. Volkswagen sei überzeugt, dass die ermittelnden Behörden die Umstände, die zu dem tragischen Vorfall geführt hätten, umfassend untersuchen würden. „Spekulationen sind absolut unangebracht. Sofern möglich, werden wir selbstverständlich zur Aufklärung der Hintergründe beitragen“, hieß es.

Die Staatsanwaltschaft Braunschweig hatte zuvor erklärt, bei ihren Ermittlungen Hinweisen über einen möglichen Zusammenhang zwischen dem Leichenfund und der VW-Abhöraffaire nachzugehen. Lokale Medien hatten berichtet, bei

dem Toten handle es sich um einen VW-Mitarbeiter, der im Verdacht steht, vertrauliche Besprechungen bei VW mitgeschnitten zu haben. Bei den Besprechungen soll es um die Strategie gegangen sein, mit der sich Volkswagen von seinem ungeliebten Lieferanten Prevent trennen wollte.

Der Tote war Anfang vergangene Woche in einem ausgebrannten Wagen im Landkreis Helmstedt gefunden worden. Im Zusammenhang mit dem Todesfall wird nach Angaben der Strafverfolger auch ein Brandanschlag auf ein Wohnhaus im Mai untersucht. Die Ermittler versuchen herauszufinden, ob und welche Verbindungen es mit der

Abhöraffaire gibt, hüllt sich aber auch dazu in Schweigen. „Darüber hinaus machen wir aktuell keine weiteren Angaben, auch zu dem Brandverfahren des Hauses und dem 'Abhörverfahren' nicht“, erklärte die Staatsanwaltschaft.

Prevent und Volkswagen liegen seit Jahren vor Gerichten im Clinch. Seinen Ausgang nahm der Streit 2016, als die zu Prevent gehörenden Töchter ES Guss und Car Trim die Lieferung von Sitzteilen und Getriebegehäusen einstellten, um höhere Preise durchzusetzen. Wegen fehlender Teile musste VW die Produktion damals in sechs deutschen Werken vorübergehend ruhen lassen. (BLZ, mit Reuters)